

## Regionsbrief Januar 2015

- **Medizinstrategie 2020**
- **Wieder Abfall**
- **D-Linie**



**Dr. Dirk Härdrich**

Abgeordneter der Regionsversammlung  
Sprecher AG Jugend

Aug.-Wilh.-Blume-Str. 43  
30890 Barsinghausen

Telefon 05105 63748  
Fax 05105 63748

[dirk.haerdrich@spd-fraktion.region-hannover.de](mailto:dirk.haerdrich@spd-fraktion.region-hannover.de)

[www.dirkhaerdrich.de](http://www.dirkhaerdrich.de)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
wie bereits mehrfach geschehen möchte ich Euch mit dem aktuellen Regionsbrief einige aus meiner Sicht wichtige Themen und Entscheidungen in der Region näherbringen. Natürlich stehe ich für Nachfragen gerne zur Verfügung.

Euer Dirk

### Medizinstrategie 2020

Es war und ist keine leichte Entscheidung, aber wir (ich auch) haben in der Regionsversammlung der Neuordnung des Klinikums der Region Hannover zugestimmt. Wir wollen nach wie vor ein leistungsfähiges kommunal geführtes Klinikum, was auch eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Fläche erlaubt. Die Krise des Klinikums hat viele Gründe. Natürlich gehört dazu auch eine in den letzten Jahren schlechte Führung, sowohl im Aufsichtsrat als auch in der zerstrittenen Geschäftsführung. Das zu lange mit angesehen zu haben, ist ein Versäumnis auch des Aufsichtsrates. Aber viel entscheidender sind Entwicklungen in der Medizin, die heutzutage einerseits i.R. bestimmte Größen von Krankenhäusern erfordern und wegen der immer komplizierten Medizintechnik andererseits auch die Konzentration von Fachabteilungen. Es ist heute kaum noch möglich, alle medizinischen Angebote und Leistungen in einem Krankenhausstandort anzubieten. Darüber hinaus sind auch die Patientinnen und Patienten viel mobiler als früher und suchen sich oft gezielt „ihr“ Krankenhaus für ihre Behandlung aus. Daher ist es richtig, eine Konzentration von Leistungen an bestimmten Standorten durchzuführen.

Aber das steht auch gar nicht im Zentrum der Kritik. Was den Unwillen der Betroffenen ausgelöst hat, sind die „Standortschließungen“. Dazu bedarf es aber ein paar Erläuterungen. Die Standorte Großburgwedel und Lehrte sollen geschlossen und durch einen gemeinsamen modernen Neubau ersetzt werden, sofern das Land einer derartigen Planung zustimmt. Die beiden Standorte haben alte Bausubstanz und daher ist ein gemeinsamer Neubau langfristig wirtschaftlicher als die „Renovierung“ der alten Häuser. Für Springe ist eine andere Strategie vorgesehen. Schon heute wird Springe von Gehrden „mitbeatmet“. Daher soll geprüft werden, wie die stationären Angebote nach Gehrden verlagert und in Springe eine Ambulanzklinik aufrechterhalten werden kann. Insofern ist der Begriff „Schließung“ sehr verkürzt.

Natürlich lösen solche Pläne bei den Betroffenen Widerstand und oft auch Wut aus. Aber die Sanierung des Klinikums ohne Umstrukturierungen oder den Abbau von Leistungen an einzelnen Standorten, wie es die CDU vorschlägt, ist nach meiner Überzeugung nicht möglich. Wir sind davon überzeugt, dass ansonsten langfristig eine Privatisierung die Folge sein würde, was zu Personalabbau, wirklichen Standortschließungen und einer Verringerung des medizinischen Angebotes in der Fläche führen würde. Daher fährt die CDU leider wieder den altbekannten Kurs, keine Verantwortung zu übernehmen und den Menschen etwas vorzumachen, was nicht gehen kann. Aber auch die dauerhafte Bezuschussung durch Mittel der Region, wie es die Linke wider besseren Wissens fordert, ist rechtlich nicht möglich. Schon jetzt beobachten die anderen Kliniken in Hannover sehr genau, ob

dauerhaft öffentliche Zuschüsse an das Klinikum fließen. Ich bin sicher, dass dort auch schon Klagen wegen Verstoßes gegen europäische Beihilfevorschriften vorbereitet werden. Was ich allerdings sehr kritisch sehe, ist das Verhalten von Hauke, wenn er in der Fraktion bei der Vorstellung des Konzeptes den Eindruck erweckt, dazu gäbe es keine Alternative und die Fraktion müsste dem in Gänze, am Besten auch ohne inhaltliche Veränderung so zustimmen. Diesen Umgang mit der Fraktion finde ich wenig „spaßig“. Außerdem: ich habe in der Fraktion darauf hingewiesen, dass wir sowohl unser Wahlprogramm als auch die Koalitionsvereinbarung den Erhalt aller Klinikstandorte versprochen haben. Darauf wurden wir auch in der Regionsversammlung – zu Recht – hingewiesen. Wir müssen also sehr genau erklären, warum wir davon abweichen; das hat unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Paul Krause in der Sitzung nach meinem Empfinden sehr sachlich und fundiert getan – und wir müssen mit der jetzigen Entscheidung langfristig erfolgreich sein.

### **Wieder Abfallgebühren**

Gegen die im vergangenen Jahr von uns in der Region nach langer öffentlicher Diskussion verabschiedete Abfallgebühren- und Abfallsatzung wurde (natürlich) geklagt – wie kann es heutzutage auch anders sein. Kritisiert wurden einerseits die vorgegebenen 10 Liter Mindestmenge zur Berechnung der Grundgebühr, andererseits aber auch von Grundstückeigentümern die Mischung einer grundstücks- und wohnungsbezogenen Grundgebühr. Klagende waren in erster Linie Grundeigentümer sowie Regionsabgeordnete der CDU.

Das Oberlandesgericht hat in seinem Urteil vom 10. November 2014 die Abfallsatzung und damit auch die Mindestmenge abgesegnet – dabei sogar darauf hingewiesen, dass die Durchschnittsmenge sogar eher bei 15 bis 20 Litern liegt.

Bei der Abfallgebührensatzung allerdings hat das Gericht die Mischung zweier Gebührenmaßstäbe als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz verworfen und festgelegt, dass es nur einen Gebührenmaßstab geben darf.

„**Die Reichen zahlen weniger**“, so fasst journalistisch zugespitzt und verkürzt, aber im Kern zutreffend die NP am 17. Dezember auf Seite 15 das Urteil und die dadurch erzwungene Änderung der Abfallgebührensatzung zusammen.

Ich stehe nach wie vor zu der Entscheidung vom letzten Jahr, weil es auch die grundsätzliche Position der SPD darstellt. Die Entscheidung, einen Gebührenmaßstab zu wählen, der den Versuch macht, die Belastung zwischen Grundeigentümern und Mietern einigermaßen gerecht zu verteilen, ist sozial richtig. Soziale Gerechtigkeit macht sich nicht nur an großen Themen auf Bundes- oder Landesebene wie dem Mindestlohn oder dem Wegfall von Studiengebühren fest, sondern kann sich auch in einer banalen Gebührensatzung niederschlagen. Der vom Gericht festgelegt Gleichheitsmaßstab ist eigentlich einer der Ungleichheit, weil er gleiche Kosten unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungskraft der Menschen fordert. Das ist für mich Gleichheit nach dem Motto der FDP, die nie nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gefragt hat.

Insofern ist das Urteil des Gerichts rechtlich nicht angreifbar, nach meiner Überzeugung damit aber nicht richtig. Es zeigt nur, dass unser gesetztes Recht durchaus ungerecht sein kann.

Und wenn die Verbände der Grundeigentümer jetzt triumphieren und davon reden, dass die Grundeigentümer die „Gewinner“ des Urteils seien, dann vergessen sie geflissentlich, darauf hinzuweisen, dass es dann auch Verlierer gibt – das sind die Mieter, die i.R. zu den weniger betuchten Bevölkerungsschichten unserer Gesellschaft gehören (und die auch nicht gegen die Gebührensatzung geklagt hatten!). Für mich ist damit auch mein Verständnis von SPD-Grundsätzen berührt und daher bin ich politisch nach wie vor überzeugt, dass wir eine gerechte Entscheidung gefällt hatten.

Dem Urteil des Gerichts folgend haben wir in der Regionsversammlung eine angepasste Gebührensatzung mit Wohnungsbezug beschlossen – damit wird der Gebühren“kuchen“ zulasten der Mieter verschoben – wie gesagt: „Die Reichen zahlen weniger“!

Zudem soll in die3sem Jahr eine Expertenanhörung aller Regionsfraktionen durchgeführt werden, um die Abfallsatzung insgesamt noch einmal zu überprüfen und ggf. zu verändern. Das soll dazu dienen, zu prüfen, ob es eine bessere, gerechtere Lösung als die bislang gefundene geben kann. Ich habe allerdings die Befürchtung, dass genau das nicht eintreten kann und wird. Einerseits sind die Vorstellungen von Gerechtigkeit sehr unterschiedlich und offenbar zunehmend unvereinbar– vor allem wenn es ans eigene Geld geht - und zum anderen habe ich das Gefühl, dass wir eine immer stärker werdenden Entsolidarisierung der Gesellschaft erleben und insofern Solidarsysteme – und dabei handelt

es sich auch bei dem Abfallsystem – immer weniger Akzeptanz genießen. Daher habe ich mich in der Fraktion auch gegen dieses Verfahren ausgesprochen.

### **Vermischtes: D-Linien-Station unter dem Hauptbahnhof**

Wer schon mal unter dem Hauptbahnhof in Hannover war, der hat dort vielleicht die U-Bahnstation der D-Linie besichtigen dürfen. Diese U-Bahnstation ist im Rohbau völlig komplett fertig, es fehlen allerdings die Tunnelstrecken an beiden Seiten der Station. Schon von Anfang an als vierte Linie geplant, sollte sie im Rahmen der EXPO realisiert werden, was dann aber wegen der deutschen Einheit nicht mehr erfolgte, weil die Gelder des Bundes nun anderweitig benötigt wurden. Die Tunnelstrecken, die vor zwanzig Jahren durch große offene Baugruben gebaut wurden, könnten heute sicherlich in Teilen auch durch entsprechende Vortriebsmaschinen gebaut werden.



Allerdings müsste auch U-Stationen am Steintor und in der Limmer-Straße völlig neu gebaut werden, dort gibt es nämlich keine. Aber ob es finanziell umsetzbar wäre und die Hannoveraner die damit verbundenen jahrelangen Baugruben am Steintor mit den ganzen Belästigungen wirklich ertragen würden?